

Initiativen und Europa

Anlass für politisches Lernen und Handeln

Jana Trumann

Zusammenfassung

Verschiedene Beispiele des „Aufbegehrens“ gegen politische Entscheidungen, ob auf nationaler oder internationaler Ebene, haben die Frage um Sinn und Wesen politischer Partizipation in den Fokus einer breiten öffentlichen Diskussion gerückt. So stellen Bürger auf kommunaler Ebene wie etwa in Stuttgart ein milliardenschweres Bauprojekt in Frage und fordern Mitsprache ein oder protestieren im Rahmen der Occupy-Bewegung weltweit gegen die internationale Finanzpolitik und deren Abkopplung von nationalen Realitäten. In solchen Initiativen wird gelernt.

Betrachtet man die unterschiedlichen Protestformen, dann wird deutlich, dass sie sich nicht nur auf den jeweiligen Gegenstand (Finanzpolitik, Bauprojekte usw.), sondern auch auf die grundlegende Frage der Berechtigung und Ausgestaltung der Mitgestaltung beziehen. Hier scheint die „Reduktion des demokratischen Lebens auf (das) Management lokaler Konsequenzen, die aus den globalen ökonomischen Notwendigkeiten folgen“ (Rancière 2003, 114) und die in diesem Zusammenhang von politischen VertreterInnen häufig benutzte Formel der „Alternativlosigkeit“ für viele Menschen als Argumentationskette nicht mehr glaubwürdig. Man möchte in Konsequenz seine eigene, je individuelle Sicht der Dinge einbringen, Gegebenes hinterfragen, diskutieren und der scheinbaren Zwangsläufigkeit entziehen. Dieses Moment der „Empörung“ (Hessel 2011) trifft jedoch nicht immer auf Gegenliebe des etablierten politischen Systems, auch dies haben Stuttgart 21 oder die Blockupy-Aktionstage in Frankfurt am Main 2012 und 2013 mit den massiven Polizeieinsätzen gegenüber Demonstrierenden und die damit verbundenen prägnanten Ausschlussstrategien der etablierten politischen Akteure aufgezeigt.

Schaut man hinter den Dissens, wer wann und wie berechtigt ist mitzuwirken, wird deutlich, dass sich hier zwei gegensätzliche Standpunkte aneinander reiben: Die einen gehen davon aus, dass es in Form von Wahlen oder Mitarbeit in Parteien zahlreiche Beteiligungsmöglichkeiten gibt, welche zugegebenermaßen geringen Zuspruch finden. Die anderen halten genau diese vorgegebenen Möglichkeiten für wenig attrak-

tiv und das gegenwärtige politische System für keine „echte Demokratie“ (Walter 2013, 321). Hierfür kann es unterschiedliche Erklärungen geben. Ein Grund kann darin liegen, dass politische Entscheidungen, abgelöst von einzelnen Nationalstaaten und auf Ebene der Europäischen Union verlagert, zunehmend weniger nachvollziehbar werden (vgl. Overwien/Rathenow 2009, 10). Daneben treten diverse informelle Strukturen wie das Weltwirtschaftsforum in Davos, die G 8 oder selbsternannte „Expertengremien“, deren demokratische Legitimation fehlt, obwohl sie wichtige Weichenstellungen für die zukünftige Entwicklung der einzelnen Länder vorgeben. So kann der Eindruck entstehen, dass „eine Demokratie ohne Wahlmöglichkeiten (entsteht), weil die ökonomisch relevanten Entscheidungen in internationalen Aushandlungsprozessen zwischen den Regierungen, den Zentralbanken und dem globalen wie nationalen Finanzsektor getroffen werden“ (Nullmeier 2013, 39).

Die skizzierten Verschiebungen werfen die Frage nach der Handlungsfähigkeit der nationalen Parlamente, ebenso wie nach der Beteiligung der Bürger auf (vgl. Eis 2012; Merkel u. a. 2013). Laut Eurobarometer 2012 sind über die Hälfte der Europäer davon überzeugt, dass ihre Stimme in Entscheidungsprozessen wenig zählt.¹ Auch die Wahlbeteiligung bei Europawahlen sinkt, so nahmen im Jahr 2009 nur etwa 43 Prozent der Deutschen daran teil. Die Mitwirkung in Vereinen, Initiativen oder die Teilnahme an Demonstrationen oder politischen Aktionen „zivilen Ungehorsams“ erscheint demgegenüber attraktiv für das Einbringen der eigenen Sicht (vgl. u. a. Roth 2012, Trumann 2013, Walter 2013). Verbunden ist damit oft ein partizipatorisches Demokratieverständnis, welches Demokratie als ein offenes Projekt versteht, was immer wieder neu ausgehandelt werden muss und in seinen Koordinaten nicht festgelegt ist, d. h. Formen und Inhalte sind jederzeit veränderbar.

Die Abwehr alternativer Beteiligungsformen wird häufig mit der Gefährdung des etablierten Systems und der vermeintlich mangelnden Kompetenz der BürgerInnen für eine solche begründet (vgl. u. a. Massing 2009, Patzelt 2009). Damit wird „Befugnis“ eng an „Befähigung“, das Vorhandensein entsprechender Kompetenzen geknüpft (Bourdieu 2001). Sicherlich „gefährdet“ eine kritische Infragestellung des etablierten politischen Systems den Status quo, aber damit eine pauschale Gefahr für die Demokratie zu konstatieren wäre zu eng gedacht.

Der vorliegende Beitrag geht im Gegenteil davon aus, dass systemkritische Ansätze – etwas anderes zu denken und zu tun als bisher – für gesellschaftliche Weiterentwicklung unabdingbar sind und es sich lohnt, hier aus Perspektive politischer Erwachsenenbildung genauer hinzuschauen. Der Beitrag will dafür die Polarisierung von legitimem und illegitimem Handeln usw. verlassen und die Tragfähigkeit der unterstellten mangelnden „Befähigung“ der in selbstgewählten Beteiligungsformen aktiven Menschen diskutieren. Eine eigene empirische Studie zu politischem Lernen und Handeln in Bürgerinitiativen hat sich bereits dieser Frage gewidmet (vgl. Trumann 2013). Im Folgenden sollen dazu mit der Europäischen Bürgerinitiative und dem Blockupy-Bündnis Frankfurt zwei unterschiedliche Möglichkeiten politischer Partizipation auf europäischer Ebene vorgestellt und vor dem Hintergrund der empirischen Ergebnisse lerntheoretisch eingeordnet werden.

Europäische Bürgerinitiativen (EBI)

Zur Verbesserung der demokratischen Funktionsweise und einer breiteren Beteiligung der BürgerInnen an den politischen Prozessen der Europäischen Union, wurde in Artikel 8b Absatz 4 des Vertrags von Lissabon die Möglichkeit einer europäischen Bürgerinitiative geschaffen.² Laut Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 „bietet dieses Verfahren die Möglichkeit, sich direkt mit der Aufforderung an die Europäische Kommission zu wenden, einen Vorschlag für einen Rechtsakt der Union zur Umsetzung der Verträge zu unterbreiten“.³ Weiter heißt es, „die für die Bürgerinitiative erforderlichen Verfahren und Bedingungen sollten klar, einfach, benutzerfreundlich und dem Wesen der Bürgerinitiative angemessen sein, um die Bürger zur Teilnahme zu ermutigen und die Union zugänglicher zu machen.“ In den folgenden Absätzen werden dann die Grundlagen für eine Registrierung einer EBI erläutert. So müssen die Unterzeichner eine Initiative mindestens aus sieben Mitgliedstaaten kommen, ein bestimmtes Mindestalter haben und je Mitgliedsstaat muss eine Mindestzahl an Unterzeichnern (D: 74.250) erreicht werden. Insgesamt müssen mindestens 1 Mio. Personen das Anliegen der EBI teilen. Der Sammlungszeitraum soll 12 Monate nicht überschreiten. Verbindlich sind zudem die Einrichtung eines Bürgerausschusses mit Personen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedsstaaten und die Benennung von Vertretern als Bindeglieder zwischen Bürgerausschuss und den Organen der Union. Die Verordnung trat zum 1. April 2012 in Kraft.

Laut amtlichem Register der Europäischen Bürgerinitiative sind mit Stand vom 20.06.13 zwanzig Bürgerinitiativen registriert.⁴ Eine der ersten, von Gewerkschaften getragenen Initiative trägt den Titel „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht! Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware!“ Diese wurde am 10.05.2012 registriert und die Unterschriftensammlung läuft bis zum 01.11.2013.⁵ Gefordert wird eine Gesetzesvorlage, die Wasser und eine sanitäre Grundversorgung als Menschenrecht beschreibt und eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle Menschen fordert. Anlass für diese Forderung war die befürchtete Privatisierung öffentlicher Dienstleistung im Kontext der von der Union diskutierten neuen Konzessionsrichtlinie. Bislang haben ca. 1,5 Millionen Menschen diese Petition unterzeichnet. Laut Pressemitteilung der Europäischen Kommission erklärt EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier am 21.06.13 vor Ablauf der Sammlungsfrist den Ausschluss des Wassersektors von der EU-Konzessionslinie – „Ich hoffe, dass die Bürgerinnen und Bürger somit sehen, dass die Kommission ihnen Gehör schenkt, und dass dies in den nächsten Tagen den Weg für eine endgültige, konsensgestützte Einigung zur Konzessionsrichtlinie ebnen wird“.⁶

Deutlich wird am Statement des EU-Kommissars, dass durch die EBI einerseits eine Thematik von BürgerInnen kritisch diskutiert und so seitens der Kommission eine Reaktion erzwungen werden kann. Andererseits ist damit aber keine direkte Entscheidungsmacht verbunden. So kommen etwa Plottka u. a. (2012, 21) zur der Einschätzung, dass „gerade diese fehlende Rechtsfolge einer EBI deutlich macht, dass es

sich (...hier) um eine Instrument der Agenda-Setzung und nicht der direkten Mitwirkung (...) handelt“. Betrachtet man des Weiteren die Rahmenbedingungen zur Initiierung einer EBI, so darf bezweifelt werden, ob diese real zu einer breiteren Beteiligung führen. So sind mit der Anzahl und Breite der UnterstützerInnen hohe bürokratische Hürden gesetzt. Es ist zu vermuten, dass die Initiierung einer EBI weniger von Einzelpersonen als von Organisationen oder bereits existierenden Initiativen erfolgen wird (vgl. Quittkat 2012). Die Unterstützung der EBI erscheint demgegenüber niedrighschwelliger, da über das Internet ohne viel Aufwand eine Zustimmung möglich ist. Weiterführend sind hier die Überlegungen von Knaut und Keller (2012, 42), die davon ausgehen, „dass die EBI bereits existierende Diskursräume miteinander verbinden wird, die sich auf das spezifische Thema einer Initiative beziehen“. Aus dieser Perspektive würde sich der politische Handlungs- und Reflexionsraum der BürgerInnen durch die Europäische Bürgerinitiative verbreitern und das angesprochene Agenda-Setting bestimmten Themen in der öffentlichen Diskussion größeren Stellenwert verleihen.

Blockupy Frankfurt

Blockupy ist ein bundesweites Bündnis, in dem verschiedene Gruppen, Organisationen und einzelne AktivistInnen mitarbeiten. Laut eigenen Angaben sind dies: Attac-AktivistInnen, Gewerkschaften, antirassistische Netzwerke, Parteien wie Die Linke, Occupy-AktivistInnen, Erwerbsloseninitiativen, studentische Gruppen, Nord-Süd-, Friedens- und Umweltinitiativen, die Linksjugend (‘solid), die Grüne Jugend sowie linksradikale Zusammenschlüsse wie die Interventionistische Linke und das Um-Ganze-Bündnis.⁷ Anliegen des Bündnisses ist es, gegenüber den europäischen Bewegungen und Protesten wie etwa in Griechenland und Spanien Solidarität zu zeigen und auch in Deutschland eine öffentliche Diskussion über die Krisenpolitik der Troika – der EZB, der EU-Kommission und des IWF – zu eröffnen (vgl. Attac 2013).

Dazu rief das Bündnis 2012 und 2013 zu Aktionstagen in Frankfurt am Main auf, die unter dem Motto „besetzen – blockieren – demonstrieren“ und „Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes“ standen. Ziel der drei Aktionstage im Mai 2013 war es „den Widerstand gegen die Verarmungspolitik von Regierung und Troika in eines der Zentren des europäischen Krisenregimes zu tragen: an den Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) und vieler deutscher Banken, der Profiteure dieser Politik“⁸. Dazu wurde eine Bandbreite an Veranstaltungen und kreativen Formen sog. „Zivilen Ungehorsams“ (Flashmob, Care Mob, Go-In, Tanzblockade etc.) zu Themen wie „Recht auf Stadt“, „Deportation Airport“, „Gegen Landgrabbing und Lebensmittelspekulation“ und „Gegen prekäre globale Beschäftigungsverhältnisse“ insbesondere in der Textilindustrie durchgeführt. Im Zentrum der Aktionstage standen die Blockade der EZB und eine Großdemonstration mit Kundgebung an der EZB und Asambleas (Versammlungen) zur Zukunft des Widerstandes. Nach Auskunft des Bündnisses nahmen 2013 ca. 3.000 Menschen an der Blockade der EZB und ca. 20.000 Menschen an der Großdemonstration teil.⁹

Die massiven Polizeieinsätze zur Verhinderung dieser Proteste und die verhaltenen Stellungnahmen der politischen Parteien verweisen auf den eingangs angesprochenen Dissens um Form und Berechtigung politischer Partizipation. „Die Reaktion des vorherrschenden Systems zielt neben einer konkreten Verteidigung der Gewalthoheit immer auch auf eine Diskreditierung des widerständigen Handelns“ (Mörtenböck/Mosshammer 2012, 36). Die von breiter politischer Mehrheit getragene Legitimation und gesetzliche Absicherung der EBI und die damit verliehene Befugnis fehlt den Aktivitäten des Occupy-Bündnisses und politisches Handeln wird zu widerständigem Handeln.

Neben der Frage der Legitimation sind zwei andere Aspekte interessant. Zum einen tragen die Aktivitäten des Blockupy Bündnisses dazu bei, „die Finanzkrise aus einem engen technokratischen Kontext (herauszulösen) und zu einer öffentlichen Angelegenheit (zu machen), die alle Gesellschaftsmitglieder betrifft“ (Kern/Nam 2012, 36). Die Verbindung von internationalen Protesten und nationalen bzw. kommunalen Handlungsfeldern, wie hier etwa die Blockade von Textilfachgeschäften in Frankfurt unter der Perspektive prekärer globaler Beschäftigungsverhältnisse, kann dabei zur Konkretisierung der zuvor als abgekoppelt beschriebenen globalen Thematiken für das Alltagshandeln des Einzelnen beitragen. Bestimmte Themen ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und kritisch zu diskutieren ist hier ebenso grundlegendes Anliegen wie bei der Europäischen Bürgerinitiative. Zum anderen wird durch die Aktivitäten des Blockupy Bündnisses der gemeinsame europäische Protest und Widerstand gegenüber politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Entwicklung fokussiert. „Es geht darum, dem europäischen Krisenregime einen ebenso europäisch koordinierten und organisierten Widerstand entgegenzusetzen, das heißt damit zu beginnen, Europa als Terrain gesellschaftlicher Auseinandersetzung anzunehmen und zu bespielen“ (Kleine 2013, 15). Die Implementierung eines Dialogs über die Grenzen der einzelnen Nationalstaaten hinweg und die Entwicklung alternativer Perspektiven kann zu einer „Neugründung der Europäischen Union von unten“ (Roth 2012, 41) führen. Mörtenböck und Mosshammer (2012, 17) weisen darauf hin, dass „Occupy (dann) nicht bloß eine Idee zu einer Aktion (ist), sondern ein Aufruf zu einer neuen Sicht auf die Dinge und Verhältnisse unserer Gesellschaft“. Diese ist stark gebunden an Selbst-Handeln, also die Selbstermächtigung zur Teilhabe an gesellschaftlicher Gestaltung, wie etwa die Befragung von Aktiven der Occupy-Bewegung durch Geiges u. a. (2013, 203) bestätigen.

Initiativen als Chance politischer Partizipation und Bildung in Europa

Die diskutierten Beispiele haben zwei unterschiedliche Ansatzpunkte für politische Beteiligung auf europäischer Ebene aufgezeigt. Die mit dem Lissabon Vertrag geschaffene Möglichkeit einer europäischen Bürgerinitiative mit dem Ziel einer größeren Beteiligung der Bürger an europäischen Belangen ist dabei aus „Top-down“-Perspektive initiiert und an vertraglich festgesetzte Bedingungen und Verfahrenswege gebunden. Das Blockupy-Bündnis ist demgegenüber ein informeller Zusammenschluss aktiver BürgerInnen, welches für eine andere gesellschaftliche Entwicklung

eintritt und vor dem Hintergrund selbstgewählter „Verfahren“ stärkere Teilhabe von unten aus einfordert. Während sich die Europäische Bürgerinitiative damit im politisch legitimierten Rahmen bewegt, wird über die Legitimation der selbsttätig initiierten Blockupy-Aktivitäten kontrovers diskutiert. Eingangs wurde mit Bourdieu argumentiert, dass legitimes politisches Handeln an das Vorhandensein entsprechender Fähigkeiten gekoppelt wird und Ausschlüsse vielfach mit vermeintlich mangelnden Fähigkeiten begründet werden. Im Folgenden soll diese Zuschreibung nun vor dem Hintergrund der eigenen empirischen Studie zu politischen Partizipations- und Bildungsprozessen in Bürgerinitiativen in den Blick genommen (vgl. Trumann 2013) und auf die Aktivitäten des Blockupy-Bündnisses bezogen werden.

Für die Analyse politischen Lernen und Handelns in Bürgerinitiativen wurde auf die lerntheoretischen Überlegungen von Klaus Holzkamp (1995) zurückgegriffen: Lernen vollzieht sich dann, „wenn das Subjekt in seinem normalen Handlungsvollzug auf Hindernisse oder Widerstände gestoßen ist und sich dabei vor einer ‚Handlungsproblematik‘ sieht, die es nicht mit den aktuell verfügbaren Mitteln und Fähigkeiten, sondern nur durch (...) den Umweg des Einschaltens einer ‚Lernschleife‘ überwinden kann“ (ebd. 2004, 29). Ziel der jeweiligen Lernhandlungen ist die Erwartung, über einen bestimmten Gegenstand durch Lernen mehr zu erfahren, der Handlungsproblematik begegnen zu können und so eine größere Verfügung über Welt zu erlangen, also stärkere gesellschaftliche Partizipation zu erreichen.

Holzkamp hat sich in seinen Überlegungen nicht nur auf individuelle Lernhandlungen konzentriert, sondern auch Lernhandlungen in kooperativen Lernarrangements mitgedacht, die dann auf einer gemeinsam geteilten Handlungsproblematik respektive Lernproblematik beruhen. Kooperative Lernhandlungen können dann qualitative Lernsprünge begünstigen, da das Aufeinandertreffen divergenter Perspektiven dazu beiträgt, den jeweils eigenen Standpunkt differenzierter zu betrachten. Mit der hier fokussierten Expansivität und Handlungsorientierung von Lernprozessen boten die Überlegungen von Holzkamp eine geeignete Grundlage, um politisches Lernen und Handeln zu untersuchen. Im Ergebnis konnte die Studie eine Vielzahl von Lernhandlungen identifizieren, die sich in einem Lern-Handlungsraum systematisieren lassen, der durch die Dimension „individuell-kooperativ“, „aufnehmend-weitergebend“ und „aktional-reflexiv“ gekennzeichnet ist.

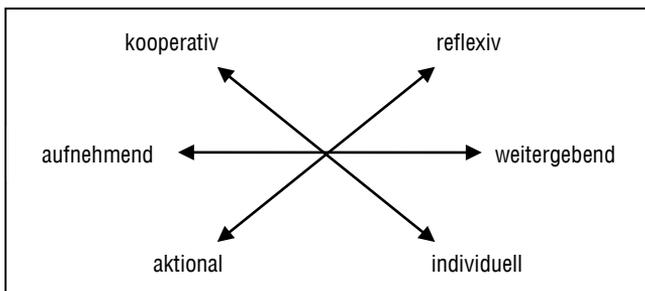


Abb.: Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative

Interessant sind für die in diesen Beitrag diskutierten Beispiele Lernhandlungen der Dimension „aktional-reflexiv“. Aktionale Lernhandlungen bezogen sich im Rahmen der untersuchten Bürgerinitiativen etwa auf die Sensibilisierung für bestimmte Themen und das Angebot der Teilhabe an der eigenen erweiterten Weltverfügung für andere. Im Zentrum reflexiver Lernhandlungen stand die gemeinsame Diskussion der Funktionsweise des etablierten politischen Systems, die Beteiligungsmöglichkeiten des Einzelnen und daraus resultierend die Entwicklung alternativer Gesellschaftsentwürfe. Auch die Aktivitäten des Blockupy-Bündnisses weisen eine Verknüpfung von Aktion und Reflexion auf. So berichtet ein Teilnehmer der Blockupy-Aktionstage 2013 in Frankfurt etwa, dass

„an dem Punkt, wenn Personen Plakate hochhalten, ich oft ins Gespräch gekommen (bin), weil es auch eigenständige Überlegungen sind, da macht sich jemand selber Gedanken und da ist man auch neugierig, wie kommt der dazu usw.“¹⁰.

Durch die Aneignung öffentlichen Raums, Blockaden und Besetzungen als „offenes Forum zum Gesprächsaustausch“ (Geiges u. a. 2013, 186) werden Reflexionsräume geschaffen, die mit Blick auf den Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative die Verschränkung unterschiedlicher Perspektiven ermöglichen. Die Perspektivendivergenz trug hier dann zu einer differenzierteren Betrachtung der jeweiligen Gegenstandsbereiche und damit zu größerer Weltverfügung bei.

In Abgrenzung zu etablierten Teilnehmungsformen erscheint ein Engagement im Rahmen von Blockupy für eine themenbezogene Diskussion und die Initiierung gesellschaftlicher Veränderungsprozesse sinnvoller, wie folgendes Statement zeigt:

„Und ja, es verschiebt sich son bisschen der Fokus, dann wird das Gemeinsame der Partei wichtiger als der Inhalt. Das ist natürlich ein Problem dieser parlamentarischen Demokratie, so wie die gebaut ist und mir wäre lieber, dass man da diese Form, diese Konstruktion ändert.“

Im Ergebnis bedeuten die eigenen Aktivitäten für den Interviewpartner „ein Stück persönliche Freiheit“, bei der man zwar zu Beginn den Verlauf nicht absehen kann, „aber ohne wird’s nichts.“ Angesprochen wird damit die große Bedeutung einer aktiven und themenbezogenen Mitwirkung für die Gestaltung unseres Zusammenlebens und dies insbesondere im europäischen Fokus.

Die hier skizzierten lerntheoretischen und auf die Aktivitäten des Blockupy-Bündnisses übertragenen Perspektiven, machen auf die Vielschichtigkeit informeller Lern-Handlungspraxen aufmerksam. Will man diese als kreative Impulse für die politische Erwachsenenbildung aufnehmen, erscheint es hilfreich, weniger zu polarisieren nach formell/informell, legitim/illegitim usw., sondern diese vom Ansatz her sehr unterschiedlichen Möglichkeiten politischen Lernen und Handelns im Sinne eines Partizipations- und Bildungsraums mit unterschiedlichen, aber gleichwertigen Feldern

zusammen zu führen und die jeweiligen Eigenlogiken stärker in den Blick zu nehmen.

Wenn nun eingangs „Demokratie“ als offenes Projekt konstatiert wurde, welches in seinen Koordinaten stets verhandelbar ist, dann kann „Europa“ im Resümee der hier diskutierten Beispiele auch als ein solches betrachtet werden (vgl. Knaut/Keller 2012, 41). Initiativen, wie die Aktivitäten des Blockupy-Bündnisses, aber auch die Möglichkeit der Europäischen Bürgerinitiative, tragen in Überwindung nationalstaatlicher Grenzen dazu bei, dieses Projekt von „unten“ aus mit zu gestalten und Diskursräume zu eröffnen. Selbstermächtigung kann wie im Falle des Blockupy-Bündnisses zu einem Schlüssel für individuelle Teilhabe und gesellschaftliche Transformation gleichermaßen werden.

Anmerkungen

- 1 www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/2012/election_2012/eb77_4_ee2014_synthese_analytique_de.pdf (22.06.13)
- 2 eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:306:0010:0041:DE:PDF (20.06.13).
- 3 eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:065:0001:0022:DE:PDF (20.06.13)
- 4 ec.europa.eu/citizens-initiative/public/?lg=de (20.06.13).
- 5 ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/ongoing/details/2012/000003 (20.06.13).
- 6 ec.europa.eu/cgi-bin/etal.pl (22.06.13).
- 7 blockupy-frankfurt.org/wp-content/uploads/2013/02/blockupy-flyer-web.pdf (22.06.13)
- 8 Ebd.
- 9 blockupy-frankfurt.org/2091/sie-wollen-kapitalismus-ohne-demokratie-wir-wollen-demokratie-ohne-kapitalismus/ (22.06.13).
- 10 Ausschnitt aus einem Interview mit einem Teilnehmer der Blockupy-Aktionstage 2013 in Frankfurt/M.

Literatur

- Attac (2013): Blockupy. Frankfurt im Mai 2012. Europäischer Widerstand in der demokratiefreien Zone. Frankfurt/M.
- Bourdieu, P. (2001): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz.
- Eis, A. (2012): Protestbewegungen und Wege politischer Einflussnahme in der Eurokrise. In: Politisches Lernen 1-2/12, S. 27-30.
- Faulstich, P. (2012): „Neue“ Formate politischer Bildung. In: Journal für politische Bildung, H. 3, S. 8-15.
- Geiges, L./Neef, T./van Dijk, P. (2013): „Wir hatten es irgendwann nicht mehr im Griff“. Occupy und andere systemkritische Proteste. In: Walter, F. u. a. (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek bei Hamburg, S. 180-218.
- Hessel, S. (2011): Empört Euch! Berlin.
- Holzkamp, K. (2004): Wider dem Lehr-Lern-Kurzschluss. Interview zum Thema „Lernen“. In: Faulstich, P./Ludwig, J. (Hrsg.): Expansives Lernen. Baltmannsweiler, S. 29-38.
- Holzkamp, K. (1995): Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung. Frankfurt a. M.

- Kern, T./Nam, S. (2012): Werte, kollektive Identität und Protest: Die Mobilisierung der Occupy-Bewegung in den USA. In: APuZ 25-26, S. 29-36.
- Kleine, C. (2013): Die Krise der kapitalistischen Verwertung. In: Attac (2013): Blockupy. Frankfurt im Mai 2012. Europäischer Widerstand in der demokratiefreien Zone. Frankfurt/M., S. 13-16.
- Knaut, A./Keller, R. (2012): Die Entstehung transnationaler Diskursräume durch die Europäische Bürgerinitiative. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 25. Jg., H. 4, S. 37-47.
- Merkel, W./Kumm, M./Zürn, M. im Gespräch (2013): Und wer hat das Sagen? Die Euro-Krise und die Demokratie. In: WZB Mitteilungen, H. 139, S. 25-28.
- Massing, P. (2009): Probleme der Demokratie unter den Bedingungen der Globalisierung und der Entgrenzung des Nationalstaats. In: Overwien, B./Rathenow, H.-F. (Hrsg.): Globalisierung fordert politische Bildung. Politisches Lernen im globalen Kontext. Opladen, S. 25-36.
- Mörtenböck, P./Mosshammer, H. (2012): Occupy. Räume des Protests. Bielefeld.
- Nullmeier, F. (2013): Transformation demokratischer Staatlichkeit. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 26. Jg., H. 1, S. 32-41.
- Overwien, B./Rathenow, H.-F. (2009): Globalisierung als Gegenstand der politischen Bildung – eine Einleitung. In: Overwien, B./Rathenow, H.-F. (Hrsg.): Globalisierung fordert politische Bildung. Politische Bildung im globalen Kontext. Opladen, S. 9-21.
- Patzelt, W. (2009): Politikfern sind die Ahnungslosen. In: kursiv – Journal für politische Bildung, H. 1, S. 12-17.
- Plottka, J./Böttger, K./Knaut, A. (2012): Bürgerbeteiligung gegen die Krise? Möglichkeiten und Grenzen der Europäischen Bürgerinitiative. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 25. Jg., H. 4, S. 17-28.
- Quittkat, C. (2012): Die EBI – (K)ein Tor zur europäischen Politik für „Normalbürger“. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 25. Jg., H. 4, S. 69-79.
- Rancière, J. (2003): Überlegungen zur Frage, was heute Politik heißt. In: Dialektik, H. 1, S. 113-122.
- Roth, R. (2012): Occupy und Acampada: Vorboten einer neuen Protestgeneration? In: APuZ 25-26, S. 36-47.
- Trumann, J. (2013): Lernen in Bewegung(en). Politische Partizipation und Bildung in Bürgerinitiativen. Bielefeld.
- Walter, F. (2013): Bürgerlichkeit und Proteste in der Misstrauensgesellschaft. In: Walter, F. u. a. (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek bei Hamburg, S. 301-343.